

Vresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Dresden - K. L. Marienstraße 28/29

Verlagspreis von L. 1.00 bis Juni 1930 bei wöchentlichem Zustellungspreis von L. 1.70 inkl. Postgebühren für Monat Juni L. 4.00 inkl. 24 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummern 15 Pfg., außerhalb Dresdens 18 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemaßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für aufwärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 18 Pfg., die 20 mm breite Zeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offizieller Brief 20 Pfg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neumann, Neudorf, Postfach 110, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verb. Nachr.) gültig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hestiger Kampf um das Notopfer

Stegerwald verteidigt das Regierungsprogramm

Düsseldorf, 11. Juni. Auf einer Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald u. a. aus: Aus Verlautbarungen der letzten Tage geht hervor, daß große Teile des deutschen Volkes immer noch nicht sehen, worum es gegenwärtig geht. Von der Marktschlachtung bis Ende 1929 mußten zur Rettung und Festigung der neuen Währung draconische Steuern erhoben werden, teilweise auf Kosten der Substanz. Im Hochsommer 1929 wurden die Steuern um 2,5 Milliarden Mark gesenkt. Gegenwärtig befinden wir uns in einer rückläufigen Weltpreislage. Die deutsche Wirtschaft zahlt 1930 für die gleiche vom Auslande eingeführte Rohstoffmenge über eine Milliarde Mark weniger als 1928.

Was die Reichsregierung gegenwärtig vorschlägt, ist kein endgültiges finanzielles und staatsorganisches Sanierungsprogramm. Dieses kommt erst im Herbst. Die gegenwärtige Aufgabe ist die unbedingte Sanierung des Reichshaushaltes und der Arbeitslosenversicherung ohne Steuern, die die Kapitalflucht begünstigen, die die Produktion verteuern und preisvertenernd wirken. Den Schiedspruch für Nordwest habe ich für verbindlich erklärt, weil der Mantelstarif von einem Teil der Gewerkschaften unbegründeterweise zu unrichtigen Zeiten gefordert worden ist, weil der Schiedspruch an den Tarifhöhen nicht rüttelt, weil in einer Zeit, in der wirtschaftliche Stabilität das Gebot der Stunde ist, in einer der wichtigsten Rohstoffindustrien ein tarifloser Zustand und damit die Gefahr struktureller und unüberlegbarer Kämpfe im Interesse des Staatsorganen verhindert werden mußte, weil die Unternehmer sich verpflichteten, aber die Forderung der Affordlohnfrage hinaus eine Senkung der Eisenpreise vorzunehmen, und ich mir eigens die Kontrolle über das tatsächliche Ausmaß der Eisenpreissenkung durch Wirtschaftsverständliche vorbehalten habe. Wenn im Anschluß an die Erledigung des Finanzplanes Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden sollen, dann müssen alle Fehler bringen. Einer einseitigen Relaxation der Arbeiter müßte und würde ich mich aufs allergnädigste widersetzen.

Dementierte Gerüchte

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung hat dazu geführt, daß allerlei Gerüchte aufgetaucht sind, die von wesentlichen und einschneidenden Veränderungen in dem geplanten Vorgehen der Reichsregierung zur Deckung des Staatshaushalts zu berichten wissen. Vorweg sei festgestellt, daß nach den Mitteilungen der zuständigen Berliner Stellen diese Gerüchte in keiner Weise zutreffen. So war behauptet worden, daß das Kabinett die Absicht hätte, die vor Pfingsten beschlossenen Deckungsvorlagen, die jetzt dem Reichsrat zugehen sollen, wieder zurückzuziehen, um an ihre Stelle andere Vorlagen treten zu lassen.

Dazu wird von amtlicher Stelle erklärt, daß das Kabinett selbstverständlich sich nicht in der Weise blamieren könnte, daß es Vorlagen, die es auf Grund eingehender und sorgfältiger Vorverhandlungen genehmigt habe, jetzt wegen des Widerstandes, den sie in der Öffentlichkeit finden, zurückziehe.

Ein solches Vorgehen müßte dem Reichskabinett den Verlust staatlicher Autorität bringen und komme deshalb selbstverständlich nicht in Frage. Auch die in einem demokratischen Blatt wiederergebene Mitteilung, daß Dr. Moldenhauer aus seinem Amte scheidet und durch den gegenwärtigen demokratischen Reichswirtschaftsminister Dietrich ersetzt werden könnte, hat keinerlei reale Hintergründe. Wenn weiter gesagt wird, daß die Regierung davon denke, die Steuervorlagen in Verbindung mit den Hilfsmaßnahmen für den deutschen Osten zu bringen, um auf diese Weise die Deutschnationalen zu veranlassen, auch den Steuervorlagen ihre Zustimmung zu

geben, um nicht die Hilfe für den Osten zu gefährden, so wird dazu an zuständiger Stelle erklärt, daß die Regierung solche Absichten nicht verfolge. Abschließend wird erklärt, daß die Regierung fest entschlossen sei, das von ihr vorgelegte Deckungsprogramm, auf dessen schleunigste Verabschiedung die Regierung im Interesse der Reichsfinanzen bringen werde, auch den Parteien gegenüber zu verteidigen und die Parteien zu veranlassen, es zu akzeptieren.

Der Widerstand wächst

Berlin, 11. Juni. Im großen Festsaal der Kasseler Stadthalle wurde heute vormittag die von über 3000 Lehrern und Lehrern aus allen Teilen des Reiches besuchte Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins eröffnet. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung erhob der Vorsitzende Volk (Berlin) scharfen Protest gegen die Absicht der Reichsregierung, eine ungerechte und unsoziale Kürzung der Gehälter der Festbesoldeten auf einige Zeiten vorzunehmen, lediglich deshalb, weil die Reichsregierung die tragfähigeren und leistungsfähigeren Kreise nicht belasten zu können glaube, da diese mit Kapitalflucht drohen.

Die deutsche Lehrerschaft wie auch die deutsche Beamtenschaft entziehe sich nicht der notwendigen Aufgabe, zu tragen, was auf ihre Schultern fällt. Sie müßte es aber unbedingt ablehnen, für Leistungsfähigere eine unsozialistische Steuerlast bzw. Sonderbesteuerung an sich zu nehmen.

Der Beamtenschaft der Deutschnationalen Volkspartei für Weiskalen-Dr hat zu dem Notopfer in einer Entschiedenheit Stellung genommen, in der es heißt: Die von der nationalen Opposition als Folge der Annahme des Youngplans vorausgesetzte schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ist erschreckend schnell eingetreten. Die Sozialdemokratie, der es gelungen ist, durch die Herren Curtius und Wirth die deutsche Außenpolitik im Youngplan fest an Frankreich zu ketten, weicht der Youngkrise im Innern aus. Eine bürgerliche Regierung macht sich hart, die Tributzahlungen, deren Unmöglichkeit sie heute selbst zugeben muß, trotzdem dem deutschen Volk abzurufen. Sie schreit, verlangen in das alte System, einfach weiter neue Lasten aus. Vergleich mit der Verdoppelung der Grundsteuer und der Wiederhöhung in Preußen kommt die vordem so verkemte Beitragssteigerung zur Arbeitslosenversicherung gleich um ein ganzes Prozent. Es kommt weiter das sogenannte Notopfer der Festbesoldeten, das in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine platte Gehaltskürzung. Wir Deutschnationalen erklären grundsätzlich, daß wir zu jedem Notopfer bereit sind, wenn es einer Befreiung unseres Vaterlands und sozialer Hilfe unserer deutschen Brüder im Arbeiter-, Bauern- oder sonst einem Stande dient. Wir lehnen es aber mit aller Entschiedenheit ab, uns schwer drückende Lasten wie das uns jetzt zugeordnete Notopfer zu übernehmen, damit Frankreichs Armee, Englands Flotte und Polens Rüstungen gegen Deutschland finanziert werden.

In dem jetzigen sogenannten Notopfer vermögen wir nichts anderes zu sehen, als einen Akt wirtschaftlicher Katastrophspolitik.

Besondere Entrüstung muß die unsoziale Art der Erhebung dieses Notopfers erregen. Die Kinderreichen Familien werden vom Notopfer bei weitem am schwersten betroffen. Der sozialen Gerechtigkeit wird bei der Durchführung dieser auf sich schon ungerechten Steuer in keiner Weise Rechnung getragen. Wir legen daher gegen eine solche ungerechte Belastung scharfen Protest ein.

Der thüringische Beamtenschaft hat in einer Eingabe an das thüringische Staatsministerium die Bitte ausgesprochen, daß der thüringische Bevollmächtigte im Reichsrat gegen das geplante Notopfer für die Festbesoldeten stünme möge.

Nationalsozialistenuniform in Preußen verboten

Ein Erlass Waentigs

Berlin, 11. Juni. Der Amtliche Preussische Presseblatt teilt mit: Der preussische Minister des Innern hat am 11. Juni folgenden Erlass an sämtliche preussische Polizeiverwaltungen erlassen: „Auf Grund des § 10, II, 17 des allgemeinen Landrechts wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung das öffentliche Tragen der sogenannten Parteiuniformen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei einschließlich ihrer Unters, Hüls- und Nebenorganisations für den Bereich des freiköniglichen Preußen verboten. — Zur Uniform gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen, besonders den sogenannten Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und der Hitlerjugend, äußerlich zu bezeichnen, also auch Kleidung und Ausstattungsstücke (zum Beispiel Armbinden), die durch bestimmte Form, Farbe, Schnitt usw. ein Merkmal der genannten Organisationen darstellen. Ich ersuche alle Polizeibehörden, das Verbot mit allen verfügbaren Mitteln, gegebenenfalls auch durch Androhung

und Festlegung von Zwangsstrafen, nachdrücklich durchzuführen. Ges. Dr. Waentig.“

Eine Nationalsozialistenversammlung in München verboten

München, 11. Juni. Die Polizeidirektion München hat die vom Gau Groß-München der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für kommenden Sonntag einberufene öffentliche Protestversammlung gegen das Uniformverbot in Bayern, in der Hitler und Fried sprechen sollten, verboten. Auch der Anschlag des diese Versammlung ankündigenden Plakates wurde untersagt.

Die Tributentlastung auf der Neuhorcker Börse

Neuhorck, 11. Juni. An der Neuhorcker Börse war in Erwartung der Ausgabe der Reparationsanleihe außerhalb des offiziellen Marktes bereits ein großes Geschäft zu verzeichnen. Die Preise lagen um 11, einen Punkt über dem erwarteten Ausgabekurs von 90. Die Banken haben aus allen Teilen der Vereinigten Staaten große Zeichnungsaufträge für die Anleihe erhalten.

Falsche Propheten

Die sächsischen Landtagswahlen sind zu unbestimmt in sich, als daß die Auflösungsparteien aus den heimischen Verhältnissen begründetes Material für ihre Agitation finden könnten. So kann es nicht ausbleiben, daß der notwendige Propagandakostoff von außen her, aus der Reichspolitik, in die Sachsenpolitik hineingetragen wird, obwohl es jedem politisch klar Denkenden einleuchten müßte, daß es hier gegenüber Reichstagswahlen um ein auf die Landesangelegenheiten beschränktes Kampfstück geht. Denn was hat der Sächsische Landtag schon zu tun? Er muß die Landesangelegenheiten auf dem engen Raum, der dafür geblieben ist, den Staatshaushalt in Ordnung halten und im übrigen eine solide Verwaltungskontrolle ausüben. Das sind lauter wichtige, aber recht nüchterne Dinge, die bei der Wahl unter dem sächsischen Gesichtswinkel gesehen und gewürdigt werden müßten. Aber für den Stimmengang und zur Entschärfung politischer Leidenschaften eignen sich solch sachliche Betrachtungen nicht. Da wird jetzt alles durcheinandergeworfen und aufgeschüttelt, was uns bedrückt, Erwerbslosennot und Youngplanerfüllung, die Sorgen von heute und morgen, und aus alledem wird dem sächsischen Volke ein gepfeffertes Ragout als Wahlkost vorgesetzt, obwohl natürlich kein Landtag und keine sächsische Regierung, mögen sie ausbleiben wie sie wollen, diese großen Lebensfragen des Deutschen Reiches aus eigener Kraft und Machtvollkommenheit einer Lösung zuführen können. Bleibt ihnen doch nur die schwache Möglichkeit der Einwirkung auf die Reichsregierung auf dem Weg über die Ländervertretung im Reichsrat. Und das ist nicht viel, wie wir oft an praktischen Beispielen erlebt haben.

In diesen Trübeln plant nun zu allem Ueberflus noch von Berlin her das neue Finanzprogramm Moldenhauers mit seinen sonderbaren Deckungsvorschlägen für das große Loch im Reichsdat hinein. Sachsen kann gewiß nichts für die Zustände, die diesen Aderlass an Wirtschaft und Steuerzahlern notwendig machen. Die bisherige sächsische Regierung erst recht nicht. Sie hat stets im eigenen Haus auf Ordnung gehalten, die Staatsfinanzen mit eiserner Sparsamkeit den Verhältnissen angepaßt und von vornherein den Weg der Pumpwirtschaft vermieden, der das Reich so tief ins Schlamassel geführt hat. Die für die Regierungspolitik verantwortlichen bürgerlichen Parteien können mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen. Sie brauchen den Vergleich mit der Finanzpolitik des Reiches nicht zu scheuen. Nicht nichts, der Sittel wird trotzdem umgedreht, die Beitrags-erhöhung zur Erwerbslosenversicherung und das Notopfer müssen gleichwohl Wasser auf die Agitationsmühlen der radikalen Parteien liefern. Dabei unter radikal keineswegs nur die extremen Flügelparteien, sondern nach altem sächsischen Brauch vornehmlich die Sozialdemokraten zu verstehen sind. Sie halten die Gelegenheit für günstig, um in der Beamtenschaft einen großen Wahlschlag zu unternehmen und preisen ihre Freundschaft für diesen Berufsstand in den verlockendsten Tönen an. Nachdem sie kurz vorher selbst mit dem Gedanken eines Attentats auf die Beamtenrechte gespielt hatten, legen sie jetzt auf einmal eine andere Walze auf. Die Beamten sollen aus dem Vorgehen der „Bürgerblockregierung“ im Reich die notwendigen Folgerungen bei den sächsischen Wahlen ziehen. „Sie sehen, wie man dort mit ihnen umgeht, wo der Bürgerblock herrscht, und sie müßten sich darüber klar sein, daß sie das ihrige tun müssen, um in Sachsen das Entstehen einer neuen Bürgerblockregierung unmöglich zu machen.“ Das ist so ziemlich der Gipfelpunkt wahrheitsverbrechender Demagogie. Denn die Sozialdemokratie war es, die in der Großen Koalition zuerst und am lautesten nach dem Notopfer geschrien und ihm durch ihre Begründung den Charakter einer typischen Reichsteuer gegeben hat. Und der schwerste Vorwurf, der gegen die Regierung Bräutigam von bürgerlicher Seite erhoben wurde, ging dahin, daß sie sich nicht anders zu helfen wußte, als durch die Wiederbelebung begrabener sozialistischer Steuerprojekte. Wenn zwei daselbe tun, dann ist es eben nicht das gleiche. Die Steuerpläne, die unter Hermann Müllers Führung ein Ausfluß höchster Staatsweisheit und ausgeglichener Gerechtigkeit waren, werden zum Verbrechen am Volk, wenn eine „Bürgerblockregierung“ sie durchführen will.

Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß das Notopfer in seiner jetzigen Form gut und gerecht wäre. Die notwendige Kritik an den neuen Vorschlägen ist hier schon geübt worden, sowohl an den viel zu hohen Sätzen, die einem zu eng begrenzten Personentkreis auferlegt werden sollen, wie an der unsozialen Gestaltung durch das Fehlen jeder Staffelung und durch mangelnde Rücksichtnahme auf den Familienstand. Obenwogen haben sich aber bisher die in der Agitation angeklagten bürgerlichen Parteien mit diesem Anschlag auf die Beamten und die höheren Angestellten einverstanden erklärt, schon deshalb nicht, weil sie infolge der Reichstagsferien noch gar keine Möglichkeit zur Stellungnahme hatten. Man sollte also, bevor man sie mit der Verantwortung belädt, gerechterweise abwarten, was sie aus Moldenhauers Vorlage in der Reichstagsbehandlung machen werden. Es besteht ja ein großer Unterschied zwischen den Regierungsmethoden des Kabinetts Brüning und denen der vorhergegangenen Großen Koalition. Damals wurde jede